
Bericht

Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden
Wiesbaden

Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2021
und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2021

Auftrag: DEE00024374.1.1



Inhaltsverzeichnis	Seite
Abkürzungsverzeichnis.....	4
A. Prüfungsauftrag.....	5
I. Prüfungsauftrag	5
II. Bestätigung der Unabhängigkeit	6
B. Grundsätzliche Feststellungen	7
I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter.....	7
II. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks.....	8
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	12
D. Feststellungen zur Rechnungslegung	16
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung.....	16
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen.....	16
2. Jahresabschluss.....	16
3. Lagebericht	16
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses.....	17
III. Weitere Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.....	19
E. Feststellungen gemäß § 53 HGrG	22
F. Feststellungen aus der Prüfung der Erfolgsübersicht.....	23
G. Feststellungen zur Einhaltung des Public Corporate Governance Kodex	24
H. Schlussbemerkung.....	25

Anlagen (siehe gesondertes Verzeichnis)

<p>Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von \pm einer Einheit (€, % usw.) auftreten.</p>

Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
BMF	Bundesfinanzministerium
D&O	Directors & Officers
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
EigBGes Hess	Eigenbetriebsgesetz des Landes Hessen
ESWE Versorgung	ESWE Versorgungs AG, Wiesbaden
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
HR A bzw. B	Handelsregister Abteilung A bzw. B
HWG	Hessisches Wassergesetz
i.S.d.	im Sinne des
i.V.m.	in Verbindung mit
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf
LHW	Landeshauptstadt Wiesbaden
n.F.	neue Fassung
p.a.	per anno
PS	Prüfungsstandard des IDW
PublG	Publizitätsgesetz
WLW	Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden, Wiesbaden

A. Prüfungsauftrag

I. Prüfungsauftrag

1. Aufgrund unserer Wahl zum Abschlussprüfer durch die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden am 18. November 2021 erteilte uns die Betriebsleitung der

Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden, Wiesbaden,
(im Folgenden kurz "WLW" oder "Eigenbetrieb" genannt)

den Auftrag, den **Jahresabschluss** des Eigenbetriebs für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021 unter Einbeziehung der Buchführung und den **Lagebericht** für dieses Wirtschaftsjahr gemäß §§ 316 ff. HGB i.V.m. § 27 EigBGes Hess zu prüfen.

Gemäß § 22 und § 26 EigBGes Hess finden die Bestimmungen für große Kapitalgesellschaften bei der Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht der Eigenbetriebe sinngemäß Anwendung. Jahresabschluss und Lagebericht haben der Eigenbetrieb nach §§ 316 ff. HGB i.V.m. § 27 EigBGes Hess prüfen zu lassen und nach den Bestimmungen des § 27 Abs. 4 EigBGes Hess bekannt zu machen.

2. Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß auch die Vorschriften des **§ 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG** beachtet. Wir verweisen auf unsere Berichterstattung in Abschnitt E.
3. Des Weiteren haben wir gemäß **§ 27 Abs. 2 EigBGes Hess** die Erfolgsübersicht auf ihre Ableitung aus der Gewinn- und Verlustrechnung und die sachgerechte Zuordnung gemeinsamer Aufwendungen und Erträge auf die einzelnen Betriebszweige untersucht. Wir verweisen auf unsere Berichterstattung in Abschnitt F.
4. Zudem wurden wir beauftragt, die den Abschlussprüfer betreffenden Vorgaben im **Public Corporate Governance Kodex der Landeshauptstadt Wiesbaden (Beteiligungskodex)** bei unserer Prüfung zu berücksichtigen. In Konkretisierung dieser Grundsätze sind wir dazu verpflichtet, die Betriebskommission zu informieren bzw. im Prüfungsbericht zu vermerken, wenn bei der Durchführung der Prüfung Tatsachen festgestellt werden, die eine Unrichtigkeit der von der Betriebsleitung abgegebenen Entsprechenserklärung zum Public Corporate Governance Kodex ergibt. Die Abschlussprüfung ist jedoch nicht darauf ausgerichtet, festzustellen, ob die Verhaltensempfehlungen des Public Corporate Governance Kodex eingehalten wurden oder ob die abgegebene Entsprechenserklärung inhaltlich zutreffend ist. Wir verweisen auf die Berichterstattung in Abschnitt G.
5. Für die **Durchführung des Auftrags** und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die diesem Bericht beigelegten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017 vereinbart.

6. Über Art und Umfang sowie über das **Ergebnis unserer Prüfung** erstatten wir diesen Bericht nach den Grundsätzen des IDW PS 450 n.F. (10.2021), dem der von uns geprüfte Jahresabschluss sowie der geprüfte Lagebericht als Anlagen beigefügt sind. Dieser Bericht ist an den geprüften Eigenbetrieb gerichtet.

II. Bestätigung der Unabhängigkeit

7. Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

B. Grundsätzliche Feststellungen

I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

8. Nachfolgend stellen wir zusammengefasst die Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes durch die gesetzlichen Vertreter (siehe Anlage I) dar:
9. Nach einem Überblick über den Geschäftsverlauf äußert sich die Betriebsleitung im Kern wie folgt:
 - Zur **Ertragslage** führen die gesetzlichen Vertreter aus, dass die WLW mengenbedingt niedrigere Umsatzerlöse in Höhe von T€ 38.313 (Vorjahr T€ 39.044) erwirtschaftet hat und damit den Planwert von T€ 39.962 um T€ 1.649 unterschritten hat. Der Materialaufwand beträgt im Wirtschaftsjahr T€ 37.376 (Vorjahr T€ 38.462) und beinhaltet mit T€ 23.863 (Vorjahr T€ 24.896) im Wesentlichen Aufwendungen aus der Netzpacht des Wasserversorgungsnetzes und mit T€ 13.068 (Vorjahr T€ 13.185) Aufwendungen aus der Wasserlieferung durch die ESWE Versorgung. Im Wirtschaftsjahr ist ein Jahresgewinn von T€ 295 (Vorjahr Jahresverlust T€ 59) entstanden, der aufgrund der geringeren Bezugsaufwendungen über dem Planergebnis von T€ -4 liegt.
 - Bezüglich der **Vermögenslage** wird ausgeführt, dass sich die Aktiva mit einem Gesamtbetrag von T€ 8.967 (Vorjahr T€ 10.135) zum einen aus Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen in Höhe von T€ 5.027 (Vorjahr T€ 6.349), aus Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von T€ 106 (Vorjahr T€ 343) sowie aus den über den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten an die ESWE Versorgung in Form von Pachtvorauszahlungen weitergegebenen Baukostenzuschüssen in Höhe von T€ 3.834 (Vorjahr T€ 3.443) zusammensetzt. Die Passiva besteht neben dem Eigenkapital von T€ 73 (Vorjahr T€ 0) und Rückstellungen in Höhe von T€ 586 (Vorjahr T€ 167) insbesondere aus Verbindlichkeiten von T€ 4.474 (Vorjahr T€ 6.524). Diese bestehen im Wesentlichen mit T€ 1.024 (Vorjahr T€ 1.103) gegenüber der ESWE Versorgung und mit T€ 3.430 (Vorjahr T€ 5.250) gegenüber der Landeshauptstadt Wiesbaden. Der passive Rechnungsabgrenzungsposten enthält die vereinnahmten Baukostenzuschüsse der Endabnehmer, welche über den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten an die ESWE Versorgung weitergegeben werden und mit T€ 3.834 (Vorjahr T€ 3.443) der Höhe des aktiven Rechnungsabgrenzungsposten entsprechen.
 - Im Hinblick auf die **Finanzlage** des Eigenbetriebes führen die gesetzlichen Vertreter aus, dass ein negativer Finanzmittelfonds in Höhe von T€ -3.894 (Vorjahr T€ -4.557) besteht. Dieser setzt sich aus Bankguthaben in Höhe von T€ 106 (Vorjahr T€ 343) abzgl. Verbindlichkeiten gegenüber der Landeshauptstadt Wiesbaden aus Cash-Pooling von T€ 4.000 (Vorjahr T€ 4.900) zusammen. Die Liquidität ist unter Berücksichtigung der Einbindung in das Cash-Pooling System jederzeit sichergestellt.

Die gesetzlichen Vertreter erläutern im **Chancen- und Risikobericht**, dass neben operativen Risiken auch Risiken aus ansteigenden Wasserbezugskosten bestehen. Sofern diese nicht vollständig an den Gebührenpflichtigen weitergegeben werden können, ist die LHW als Einrichtungsträger jedoch für das Bestehen einer ausgeglichenen Ergebnis- und Erlössituation verpflichtet, sodass keine bestandsgefährdenden Risiken bestehen.

Die gesetzlichen Vertreter gehen im **Prognosebericht** für das Wirtschaftsjahr 2022 von einem erwarteten Jahresgewinn von T€ 139 bei Umsatzerlösen von T€ 41.827 und für das Jahr 2023 von einem erwarteten Jahresgewinn von T€ 115 bei Umsatzerlösen von T€ 41.990 aus. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die Corona-Pandemie und der Krieg in der Ukraine keine wesentlichen, dauerhaften Auswirkungen auf die Ergebnissituation haben werden.

Die Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes, insbesondere die Beurteilung des Fortbestandes und der wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung des Unternehmens, ist plausibel und folgerichtig abgeleitet. Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.

II. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

10. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 29. April 2022 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden, Wiesbaden

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden, Wiesbaden, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie den ergänzenden Vorschriften des EigBGes Hess ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes zum 31. Dezember 2021 sowie seiner Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahres-

abschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des EigBGes Hess und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Eigenbetrieb unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und der Betriebskommission für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des EigBGes Hess in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Eigenbetriebes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Die Betriebskommission ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Eigenbetriebes zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Vorschriften des EigBGes Hess entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen hö-

her als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Eigenbetriebes abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Eigenbetriebes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Eigenbetrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Eigenbetriebes.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

11. Gegenstand unserer Prüfung waren der nach den für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften (§§ 242 bis 256 HGB) sowie den ergänzenden Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes Hessen (§§ 22 bis 27) aufgestellte **Jahresabschluss** unter Einbeziehung der Buchführung für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021, bestehend aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung sowie dem Anhang, und der **Lagebericht** für das Wirtschaftsjahr 2021. Die Verantwortung für die Ordnungsmäßigkeit von Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht tragen die gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebes. Unsere Aufgabe war es, diese Unterlagen einer Prüfung dahingehend zu unterziehen, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und die sie ergänzenden Bestimmungen des EigBGes Hess beachtet worden sind. Den Lagebericht haben wir daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt. Dabei haben wir auch geprüft, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind. Die Prüfung des Lageberichts hat sich auch darauf erstreckt, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Aufstellung des Lageberichts beachtet worden sind.
12. Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des **§ 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG** und den hierzu vom IDW nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen veröffentlichten Prüfungsstandard "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" (IDW PS 720) beachtet.
13. Die Beurteilung der Angemessenheit des **Versicherungsschutzes** des Eigenbetriebes, insbesondere ob alle Wagnisse bedacht und ausreichend versichert sind, war nicht Gegenstand des uns erteilten Auftrags zur Jahresabschlussprüfung.
14. **Ausgangspunkt** war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020.
15. Bei Durchführung der Prüfung haben wir die Vorschriften der §§ 316 ff. HGB und die in den Prüfungsstandards des IDW niedergelegten **Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung** beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung so angelegt, dass wir Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, erkennen konnten. Gegenstand unseres Auftrages waren nicht die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z.B. Unterschlagungen oder sonstige Untreuehandlungen, und außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung haben wir jedoch so angelegt, dass diejenigen Unregelmäßigkeiten, die für die Rechnungslegung wesentlich sind, mit hinreichender Sicherheit aufgedeckt werden. Die gesetzlichen Vertreter

des Eigenbetriebes sind für die Einrichtung und Durchsetzung geeigneter Maßnahmen zur Verhinderung bzw. Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten verantwortlich; die Überwachung obliegt der Betriebskommission, die dabei auch das Risiko der Umgehung von Kontrollmaßnahmen berücksichtigt.

16. Im Rahmen unseres **risikoorientierten Prüfungsansatzes** haben wir uns zunächst einen aktuellen Überblick über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebes verschafft. Darauf aufbauend haben wir uns ausgehend von der Organisation des Eigenbetriebes mit den Unternehmenszielen und -strategien beschäftigt, um die Geschäftsrisiken zu bestimmen, die zu wesentlichen Fehlern in der Rechnungslegung führen können. Durch Gespräche mit der Betriebsleitung und durch Einsichtnahme in Organisationsunterlagen des Eigenbetriebes haben wir anschließend untersucht, welche Maßnahmen der Eigenbetrieb ergriffen hat, um diese Geschäftsrisiken zu bewältigen. In diesem Zusammenhang haben wir eine Prüfung der Angemessenheit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems des Eigenbetriebes durchgeführt (Aufbauprüfung). Die Prüfung des internen Kontrollsystems erstreckte sich vor allem auf folgende Bereiche, die einen engen Bezug zur Rechnungslegung haben:

- Kontrollumfeld des Eigenbetriebes
- Regelungen, die auf die Feststellung und Analyse von für die Rechnungslegung relevanten Risiken gerichtet sind
- Einrichtung von Kontrollaktivitäten durch die Betriebsleitung als Reaktion auf die festgestellten Risiken
- Buchführungssystem und Management-Informationssystem sowie unternehmensinterne Kommunikationsprozesse
- Überwachung des internen Kontrollsystems durch die Betriebsleitung.

17. Im Zusammenhang mit den vorstehend beschriebenen Prüfungshandlungen haben wir die Risiken festgestellt, die zu wesentlichen Fehlern in der Rechnungslegung führen können. Diese Kenntnisse haben wir bei der Bestimmung unseres weiteren Prüfungsvorgehens berücksichtigt. In den Bereichen, in denen die Unternehmensleitung angemessene interne Kontrollen zur Begrenzung dieser Risiken eingerichtet hat, haben wir **Funktionsprüfungen** durchgeführt, um uns von der kontinuierlichen Wirksamkeit dieser Maßnahmen zu überzeugen. Die Durchführung von Funktionsprüfungen erfolgte schwerpunktmäßig in folgenden Prozessen:

- Verkauf bzw. Erlöserzielung (insbesondere Verfahren der Verbrauchsabgrenzung zum Bilanzstichtag)
- Einkauf
- Finanzen.

Der Grad der Wirksamkeit dieser internen Kontrollen bestimmte anschließend Art und Umfang unserer Prüfung einzelner Geschäftsvorfälle und Bestände sowie der von uns durchgeführten analytischen Prüfungshandlungen. Insbesondere bei Geschäftsvorfällen, die nach ihrer Art in größerer Zahl nach identischen Verfahren erfasst und - nach unseren bisherigen Feststellungen im Rahmen eines wirksamen internen Kontrollsystems - abgewickelt wurden, trat die Prüfung der stetigen Anwendung der maßgeblichen internen Kontrollen des Eigenbetriebes in den Vordergrund.

Soweit wir aufgrund der Wirksamkeit des bei dem Eigenbetrieb eingerichteten internen Kontrollen von der Richtigkeit des zu überprüfenden Zahlenmaterials ausgehen konnten, haben wir anschließend analytische Prüfungshandlungen, Einzelfallprüfungen oder eine Kombination von beidem vorgenommen. Einzelfallprüfungen wurden bei wirksamen Kontrollen auf ein nach prüferischem Ermessen notwendiges Maß reduziert. Der überwiegende Teil der Abschlussposten wurde mit einer Kombination aus Funktionsprüfungen und aussagebezogenen Prüfungshandlungen geprüft.

Soweit wir keine Funktionsprüfungen vorgesehen haben oder nicht von wirksamen Kontrollen ausgehen konnten, haben wir im Wesentlichen aussagebezogene Prüfungshandlungen durchgeführt.

18. Aufgrund der **Auslagerung** wesentlicher Bereiche der Rechnungslegung auf die ESWE Versorgung haben wir die erforderlichen Prüfungshandlungen bei dem Dienstleistungsunternehmen durchgeführt.
19. Im Rahmen der **Einzelfallprüfungen von Abschlussposten** des Eigenbetriebes haben wir u.a. Handelsregisterauszüge, Liefer- und Leistungsverträge, sonstige wesentliche Verträge sowie sonstige Geschäftsunterlagen eingesehen. Zur Prüfung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben wir Saldenbestätigungen zum 31. Dezember 2021 eingeholt. Die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen im Konzernverbund der WVH Holding/Landeshauptstadt Wiesbaden wurden konzernweit zum 31. Dezember 2021 abgestimmt. Zur Prüfung der geschäftlichen Beziehungen mit Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten haben wir uns zum 31. Dezember 2021 Bankbestätigungen zukommen lassen. Des Weiteren haben wir uns zum 31. Dezember 2021 Steuerberaterbestätigungen zur Prüfung steuerlicher Risiken zukommen lassen.
20. Nachfolgend geben wir einen Überblick zu den von uns bei der Jahresabschlussprüfung gesetzten Prüfungsschwerpunkten:
 - Prüfung der Umsatzerlöse
 - Prüfung des Materialaufwands
 - Prüfung der Rückstellungen.

21. Von den gesetzlichen Vertretern und den von ihnen beauftragten Mitarbeitern sind uns alle verlangten **Aufklärungen und Nachweise** erbracht worden.

Die gesetzlichen Vertreter haben uns die berufssübliche schriftliche Vollständigkeitserklärung zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erteilt.

D. Feststellungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

22. Die **Buchführung** und das **Belegwesen** sind nach unseren Feststellungen in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß und entsprechen den gesetzlichen Vorschriften. Die aus den weiteren geprüften Unterlagen zu entnehmenden Informationen führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.

2. Jahresabschluss

23. Im Jahresabschluss bestehend aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung sowie dem Anhang, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021 der Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden wurden die gesetzlichen Vorschriften einschließlich der rechtsformspezifischen Vorschriften für Eigenbetriebe sowie die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung in allen wesentlichen Belangen beachtet.
24. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Dabei wurden die handelsrechtlichen Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften in allen wesentlichen Belangen eingehalten.
25. Der Anhang entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Die Angaben im Anhang sind in allen wesentlichen Belangen vollständig und zutreffend.

3. Lagebericht

26. Der Lagebericht entspricht in allen wesentlichen Belangen den deutschen gesetzlichen Vorschriften).

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

27. Der Jahresabschluss entspricht in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes.
28. Zum besseren Verständnis der Gesamtaussage des Jahresabschlusses gehen wir nachfolgend pflichtgemäß auf die wesentlichen Bewertungsgrundlagen und den Einfluss, den Änderungen in den Bewertungsgrundlagen insgesamt auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses haben, ein (§ 321 Abs. 2 Satz 4 HGB).

Wesentliche Bewertungsgrundlagen

29. Die Gliederungs-, Ausweis- und Bewertungsgrundsätze wurden gegenüber dem Vorjahr unverändert beibehalten. Zur Erläuterung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses sowie zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden verweisen wir auf den als Anlage II beigefügten Anhang.
30. Folgende **Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte** wurden unverändert ausgeübt:

Zur Darstellung der **Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden** im Einzelnen sowie sonstiger **wesentlicher Bewertungsgrundlagen** verweisen wir auf die Angaben im Anhang.

31. Ergänzend weisen wir auf folgende Besonderheiten bei der Bilanzierung und Bewertung hin:
 - Mit der Lieferung von Wasser aus dem Versorgungsnetz an den Kunden hat der Eigenbetrieb ihre Lieferungs- und Leistungsverpflichtung erfüllt. Wie in der Branche üblich, wird der Verbrauch lediglich einmal jährlich im rollierenden Ableseverfahren ermittelt und anschließend unter Anrechnung der unterjährig vereinnahmten Abschlagszahlungen abgerechnet. Aufgrund der rollierenden Ableseverfahren liegen für diesen Teil der Kunden keine aktuellen Ablesedaten zum Bilanzstichtag vor. Dies führt zu der Notwendigkeit der Durchführung einer **Jahresverbrauchsabgrenzung** zum Bilanzstichtag auf der Grundlage der aktuellen Tarife und eines angenommenen Verbrauchsverhaltens, so dass ein Teil der Umsätze des Geschäftsjahres und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen am Bilanzstichtag aufgrund einer kundenindividuellen Hochrechnung ermittelt worden sind.

Weicht der tatsächliche Verbrauch in der Abrechnungsperiode vom geschätzten Verbrauch ab, so wird die Differenz im Folgejahr ergebniswirksam korrigiert. Im Berichtsjahr wurde zu Kontrollzwecken eine Rückrechnung vorgenommen. Grundsätzlich fließen die Erkenntnisse aus den vorgenommenen Rückrechnungen in folgende Verbrauchsabgrenzungen ein.

- **Forderungen aus Wasserlieferungen an die Landeshauptstadt Wiesbaden und deren Eigenbetriebe** werden gemäß den Vorgaben des EigBGesHess unter den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen.

- **Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Einrichtungsträger** werden bei Bestehen einer Aufrechnungsgrundlage im Sinne des § 387 BGB miteinander saldiert.
- Die WLW sind Mitglied der **Zusatzversorgungskasse** für die Gemeinden und Gemeindeverbände Wiesbaden. Durch seine Mitgliedschaft in der Zusatzversorgungskasse erfüllt der Eigenbetrieb die tarif- und arbeitsvertragliche Verpflichtung zur zusätzlichen Versicherung seiner Beschäftigten. Für die Versorgungsverpflichtungen aus der Zusatzversorgung wurde vom Passivierungswahlrecht nach Art. 28 Abs. 1 EGHGB Gebrauch gemacht und keine Rückstellung gebildet.
- Die WLW als Netzbetreiberin (Pächterin) des Wasserversorgungsnetzes der Landeshauptstadt Wiesbaden, die nicht rechtliche Eigentümerin der Anlagen ist, erhebt entsprechend bestehender gesetzlicher Regelungen die **Baukostenzuschüsse** und leitet diese im Rahmen des Pachtvertrages an die ESWE Versorgung als Netzeigentümer (Verpächter) weiter, da der Verpächter vereinbarungsgemäß die Ersatz- oder Erweiterungsinvestitionen zu tragen hat. In der Bilanz bestehen hierfür ein **aktiver Rechnungsabgrenzungsposten** (als geleistete Pachtvorauszahlung) sowie ein **passiver Rechnungsabgrenzungsposten** (für von den Anschlussnehmern erhaltene Ertragszuschüsse) in gleicher Höhe, die fortgeschrieben werden. Auswirkungen auf die Ertragslage ergeben sich hieraus nicht, da beide Rechnungsabgrenzungsposten einheitlich über 20 Jahre (5 % p.a.) linear aufgelöst werden.
- Nach § 10 Abs. 2 **Kommunalabgabengesetz Hessen (KAG)** besteht die Verpflichtung, Kostenüberdeckungen durch entsprechende Einstellung in die Gebührenkalkulationen innerhalb von fünf Jahren auszugleichen. Zum 31. Dezember 2021 besteht aufgrund einer Unterdeckung der Kosten kein Bedarf einer Rückstellungsbildung.

III. Weitere Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögens- und Kapitalstruktur

Zur Erläuterung der **Vermögenslage** haben wir in der nachfolgenden Übersicht die Vermögens- und Schuldposten der Bilanz zum 31. Dezember 2021 abweichend von der Gliederung in der Jahresbilanz nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Zahlen der Vorperiode gegenübergestellt.

	31.12.2021		31.12.2020		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva						
Kurzfristig gebundenes Vermögen						
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.743	41,7	5.165	50,9	-1.422	-27,5
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.202	13,4	1.184	11,7	18	1,5
Forderungen an die Landeshauptstadt Wiesbaden und deren Eigenbetriebe	82	0,9	0	0,0	82	0,0
Flüssige Mittel	106	1,2	343	3,4	-237	-69,1
Übrige Aktiva	3.834	42,8	3.443	34,0	391	11,4
	8.967	100,0	10.135	100,0	-1.168	-11,5
Passiva						
Lang- und mittelfristig verfügbare Mittel						
Eigenkapital	73	0,8	0	0,0	73	0,0
	73	0,8	0	0,0	73	0,0
Kurzfristig verfügbare Mittel						
Rückstellungen	586	6,5	167	1,6	419	>100
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6	0,1	22	0,2	-16	>100
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.024	11,4	1.115	11,0	-91	-8,2
Verbindlichkeiten gegenüber der Landeshauptstadt Wiesbaden und deren Eigenbetriebe	3.430	38,3	5.250	51,8	-1.820	-34,7
Übrige kurz- und mittelfristige Passiva	3.848	42,9	3.581	35,4	267	7,5
	8.894	99,2	10.135	100,0	-1.241	-12,2
	8.967	100,0	10.135	100,0	-1.168	-11,5

32. Zur **Vermögensstruktur** ist anzumerken, dass der Eigenbetrieb ausschließlich kurzfristig gebundenes Vermögen besitzt.
33. Die **Kapitalstruktur** zeigt, dass das Eigenkapital aufgrund des im Berichtsjahr erwirtschafteten Jahresgewinns T€ 73 beträgt.

Finanzlage

34. Die **Finanz- und Liquiditätslage** lässt sich anhand der gemäß DRS 21 erstellten Kapitalflussrechnung darstellen:

	2021	2020
	T€	T€
Jahresergebnis	295	-59
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	419	21
Zinsaufwendungen (+) / Zinserträge (-)	2	-4
Ertragsteueraufwand	25	29
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Forderungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	709	-982
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit	-800	8
Mittelfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit	650	-987
Erhaltene Zinsen	13	11
Mittelfluss aus der Investitionstätigkeit	13	11
Veränderung des Finanzmittelfonds	663	-976
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	-4.557	-3.581
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	-3.894	-4.557

Die WLW haben einen positiven Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit erwirtschaftet, was zu einem Rückgang des negativen Finanzmittelfonds beiträgt.

35. Der Finanzmittelbestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen

	2021	2020
	T€	T€
Bankguthaben	106	343
Cash-Pooling Verbindlichkeiten gegenüber der Landeshauptstadt Wiesbaden	-4.000	-4.900
	-3.894	-4.557

36. Die Cash-Pooling Verbindlichkeit hat sich zum Bilanzstichtag auf T€ 4.000 (Vorjahr T€ 4.900) verringert.

Die Zahlungsfähigkeit war unter der Berücksichtigung der Einbindung in das Cash-Pooling während des Wirtschaftsjahres jederzeit gegeben.

Ertragslage

37. Nachfolgend haben wir zum Einblick in die Ertragslage die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung (siehe Anlage II) nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliedert und den Vergleichszahlen des Vorjahres gegenübergestellt:

	2021		2020		Ergebnis- veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse	38.313	99,9	39.044	99,7	-731	-1,9
Übrige betriebliche Erträge	53	0,1	98	0,3	-45	-45,9
	38.366	100,0	39.142	100,0	-776	-2,0
Materialaufwand	37.376	97,4	38.462	98,3	-1.086	-2,8
Personalaufwand	435	1,1	459	1,2	-24	-5,2
Übrige betriebliche Aufwendungen	247	0,7	255	0,7	-8	-3,1
	38.058	99,2	39.176	100,2	-1.118	-2,9
Betriebsergebnis	308	0,8	-34	-0,1	342	>100
Finanzergebnis	12	0,0	4	0,0	8	>100
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-25	-0,1	-29	-0,1	4	0,0
Jahresergebnis	295	0,7	-59	-0,2	354	>100

38. Die **Umsatzerlöse** aus der Wasserversorgung verringerten sich um T€ 731 auf T€ 38.313. Bei einer nutzbaren Wasserabgabe in Höhe von 14.375.326 m³ (Vorjahr 15.462.104 m³) betrug die durchschnittliche Wassergebühr 2,58 €/m³ (Vorjahr 2,45 €/m³). Der Rückgang der Umsatzerlöse ist somit im Wesentlichen mengenbedingt.
39. Die **sonstigen betrieblichen Erträge** betreffen mit T€ 53 (Vorjahr T€ 98) im Wesentlichen Mahngebühren von T€ 37 (Vorjahr T€ 36).
40. Der **Materialaufwand** von T€ 37.376 (Vorjahr T€ 38.462) umfasst hauptsächlich Pacht aufwendungen (in Abhängigkeit von der nutzbaren Wasserabgabe) in Höhe von T€ 23.863 (Vorjahr T€ 24.896) und Aufwendungen für den Wasserbezug von T€ 13.068 (Vorjahr T€ 13.185).
- Der Wasserbezug erfolgte im Berichtsjahr ausschließlich über die ESWE Versorgung. Bei einer insgesamt bezogenen Wassermenge von 15.820.581 m³ (Vorjahr 16.547.764 m³) ergaben sich spezifische Wasserbezugskosten in Höhe von 82,60 ct/m³ (Vorjahr 79,68 ct/m³).
41. Der **Personalaufwand** verringerte sich von T€ 459 im Vorjahr auf T€ 435. Dies ist im Wesentlichen auf die Verringerung der Mitarbeiterzahl um eine Person zurückzuführen.

E. Feststellungen gemäß § 53 HGrG

42. Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG sowie IDW PS 720 (Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG) beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Betriebssatzung, geführt worden sind.
43. Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht und in Anlage III (Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG) dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

F. Feststellungen aus der Prüfung der Erfolgsübersicht

44. Die gemäß § 24 Abs. 3 EigBGes Hess für Eigenbetriebe vorgeschriebene Aufstellung einer Erfolgsübersicht bei mehr als zwei Betriebszweigen entfällt, da die Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden nur einen Betriebszweig haben.

G. Feststellungen zur Einhaltung des Public Corporate Governance Kodex

45. Wir haben die Einhaltung der „Grundsätze guter Unternehmensführung der Landeshauptstadt Wiesbaden“ (Public Corporate Governance Kodex) für die von dem Beteiligungsmanagement der Landeshauptstadt Wiesbaden ausgewählten Fragen überprüft. Dazu wurde uns von Seiten des Beteiligungsmanagements der Landeshauptstadt Wiesbaden eine Arbeitshilfe zur Verfügung gestellt, in der zu den einzelnen zu überprüfenden Sachverhalten (Auszug aus den Richtlinien) Fragen formuliert sind.

Die Sicherstellung der Einhaltung der zu überprüfenden Sachverhalte (Auszug aus der Richtlinie) liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft.

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den zu überprüfenden Sachverhalten (Auszug aus den Richtlinien) gehandelt hätten.

H. Schlussbemerkung

Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden, Wiesbaden, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021 und des Lageberichts für dieses Wirtschaftsjahr erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n.F.) (10.2021).

Der von uns erteilte Bestätigungsvermerk ist in Abschnitt B unter "Wiedergabe des Bestätigungsvermerks" enthalten.

Frankfurt am Main, den 29. April 2022

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Marc Krizaj
Wirtschaftsprüfer


ppa. David Schubert
Wirtschaftsprüfer



Anlagen

Anlagenverzeichnis	Seite
I Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2021.....	1
II Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2021.....	1
III Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG (nach IDW PS 720).....	1

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und
Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2021

Grundlagen des Eigenbetriebs

Die Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (WLW) sind ein Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Wiesbaden. Der Eigenbetrieb wurde am 1. Januar 2012 gegründet und wird nach den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes Hessen (EigBGes Hess) und den Bestimmungen der Betriebssatzung des Eigenbetriebs „Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden“ geführt.

Zu den Steuerungsgrößen der WLW zählen verschiedene finanzielle sowie nicht finanzielle Leistungsindikatoren. Unsere zentralen Steuerungskennzahlen und damit bedeutsamstem Leistungsindikatoren stellen die Umsatzerlöse sowie das Jahresergebnis dar.

Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf 2021

Mengenentwicklung

Die Netzeinspeisung (Wasserbezug) betrug im Jahr 2021 15.821 Tcbm (Vorjahr 16.548 Tcbm). Unter Berücksichtigung von höheren Netzverlusten und Messdifferenzen belief sich die nutzbare Wasserabgabe im Jahr 2021 einschl. der Vorjahresmengen auf 14.375 Tcbm (Vorjahr 15.462 Tcbm).

Gebühren

Gemäß § 13 ff. der Wasserversorgungssatzung der Landeshauptstadt Wiesbaden vom 23. November 2011 werden Gebühren für die Inanspruchnahme der Wasserversorgungseinrichtungen erhoben. Neben mengenbezogenen Gebühren werden auch Grundgebühren erhoben.

Die jährliche Grundgebühr liegt je nach Nennleistung des Wasserzählers zwischen 24,54 € (netto) und 362,64 € (netto). Die mengenbezogene Benutzungsgebühr beträgt seit 1. Januar 2021 2,58 € (netto) je cbm.

Mengen- und Erlösstatistik der Wasserversorgungsbetriebe

Am 31. Dezember 2021 wohnten im Versorgungsgebiet 261.777 (Vorjahr 261.683) Einwohner.

Wassergebühr

		<u>2021</u>	<u>2020</u>
Nutzbare Wasserabgabe	cbm	14.375.326	15.462.104
Gebühreneinnahmen	€	37.131.990,89	37.866.367,69

Personalbereich

Der Personalaufwand stellt sich wie folgt dar:

	<u>2021</u>	<u>2020</u>
	T€	T€
Löhne und Gehälter	346	363
Soziale Abgaben und Aufwendungen	89	96
davon für Altersversorgung	<u>(23)</u>	<u>(27)</u>
Gesamt	<u>435</u>	<u>459</u>

Zum 31. Dezember 2021 beschäftigte der Eigenbetrieb 5 (Vorjahr 6) Angestellte. Zusätzlich zu den bei den Wasserversorgungsbetrieben angestellten Mitarbeitern sind Mitarbeiter der ESWE Versorgungs AG im Rahmen von Gestellungsvereinbarungen für WLW tätig.

Investitionen und Finanzierung

Die Wasserversorgungsbetriebe verfügen nicht über eigenes Anlagevermögen. Da durch die Anwendung eines Pachtmodells das Eigentum an den Netzen bei der ESWE Versorgungs AG verblieben ist, werden die Investitionen dort bilanziert.

Darstellung der Lage

Ertragslage

Die Wasserversorgungsbetriebe erwirtschafteten im Rahmen der Wasserversorgung Umsatzerlöse in Höhe von 38.313 T€ (Vorjahr 39.044 T€). Die Verminderung resultiert aus einem Mengenrückgang. Die erzielten Umsatzerlöse lagen um 1.649 T€ unter dem Planansatz für das Jahr 2021 von 39.962 T€.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 53 T€ (Vorjahr 98 T€) und betreffen im Wirtschaftsjahr 2021 im Wesentlichen Mahngebühren (37 T€, Vorjahr 36 T€). Im Vorjahr wurden periodenfremde Erträge in Höhe von 53 T€ aus der nachträglichen Abrechnung von Trinkwasserbrunnen ausgewiesen.

Der Materialaufwand liegt im Jahr 2021 bei 37.376 T€ (Vorjahr 38.462 T€) und ist im Wesentlichen mit 23.863 T€ (Vorjahr 24.896 T€) auf die Aufwendungen aus der Netzpacht für das Wasserversorgungsnetz in der Landeshauptstadt Wiesbaden und mit 13.068 T€ (Vorjahr 13.185 T€) auf Wasserlieferungen durch die ESWE Versorgungs AG zurückzuführen. Der Personalaufwand der Wasserversorgungsbetriebe liegt bei 435 T€ (Vorjahr 459 T€). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen des Eigenbetriebs belaufen sich auf 247 T€ (Vorjahr 255 T€).

Das Zinsergebnis der Wasserversorgungsbetriebe lag im Wirtschaftsjahr bei 12 T€ (Vorjahr 4 T€).

Unter den Steuern wird in Höhe von 25 T€ der voraussichtliche Körperschaftsteueraufwand für das Wirtschaftsjahr ausgewiesen.

Im Wirtschaftsjahr 2021 wurde ein Jahresgewinn in Höhe von 295 T€ (Vorjahr Jahresverlust 59 T€) erwirtschaftet. Nach Verrechnung der gegenüber der Landeshauptstadt Wiesbaden bestehenden Forderung in Höhe von 223 T€ und Verrechnung mit dem Verlustvortrag in Höhe von 100 T€ beträgt das Bilanzergebnis -27 T€. Das Jahresergebnis liegt aufgrund der geringeren Bezugskosten mit 295 T€ deutlich über dem Planergebnis für 2021 in Höhe von -3,6 T€.

Finanzlage

Zum Stichtag verfügt die Gesellschaft über einen negativen Finanzmittelfonds in Höhe von 3.894 T€ (Vorjahr -4.557 T€). Dieser setzt sich zusammen aus Bankguthaben in Höhe von 106 T€ (Vorjahr 343 T€) abzgl. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt aus dem Cash-Pooling von 4.000 T€ (Vorjahr 4.900 T€).

Auf Basis des gemeinsamen Cash-Poolings mit der Landeshauptstadt Wiesbaden sind die Wasserversorgungsbetriebe in der Lage, alle Verbindlichkeiten zeitnah zu tilgen. Die Liquidität ist jederzeit sichergestellt.

Vermögenslage

Die Aktiva der Wasserversorgungsbetriebe mit einem Gesamtbetrag von 8.967 T€ (Vorjahr 10.135 T€) setzen sich zum einen aus Forderungen in Höhe von 5.027 T€ (Vorjahr 6.349 T€), aus Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 106 T€ (Vorjahr 343 T€) sowie aus den über den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten an die ESWE Versorgung in Form von Pachtvorauszahlungen weitergegebenen Baukostenzuschüssen in Höhe von 3.834 T€ (Vorjahr 3.443 T€) zusammen. Von den Forderungen entfallen 3.743 T€ (Vorjahr 5.165 T€) auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Diese betreffen insbesondere abgerechnete und abgegrenzte Wasserlieferungen, von denen erhaltene Abschläge in Höhe von 10.955 T€ (Vorjahr 10.262 T€) und die Pauschalwertberichtigung von 29 T€ (Vorjahr 35 T€) in Abzug gebracht wurden. Gegen verbundene Unternehmen bestehen Forderungen in Höhe von 1.202 T€ (Vorjahr 1.183 T€), die im Wesentlichen Wasserlieferungen betreffen.

Die Passiva der Wasserversorgungsbetriebe setzen sich wie folgt zusammen: Das Stammkapital beträgt unverändert 100 T€. Unter Berücksichtigung des Jahresgewinns (295 T€), des Verlustvortrags (100 T€) und der Verrechnung der gegenüber der Landeshauptstadt Wiesbaden bestehenden Forderung (223 T€) ergibt sich zum Bilanzstichtag ein Bilanzergebnis in Höhe von -27 T€. Das Eigenkapital beträgt damit zum Stichtag 73 T€.

Die Eigenkapitalquote beträgt am 31. Dezember 2021 aufgrund der nur geringen Ausstattung der Gesellschaft mit Stammkapital und dem durch den Bilanzverlust teilweise aufgebrauchten Eigenkapital 0,8 % (Vorjahr 0,0 %).

Die Steuerrückstellung betrifft die voraussichtliche Körperschaftsteuer für das Wirtschaftsjahr 2021.

Die sonstigen Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	<u>1.1.2021</u>	<u>Zuführung</u>	<u>Verbrauch</u>	<u>Auflösung</u>	<u>31.12.2021</u>
	T€	T€	T€	T€	T€
Personalverpflichtungen	15	11	15	0	11
Abrechnungsverpflichtungen	125	135	125	0	135
Wasserbezug	0	395	0	0	395
Kosten für Gebührenprüfung	16	0	7	0	9
Jahresabschlusskosten	<u>11</u>	<u>11</u>	<u>10</u>	<u>1</u>	<u>11</u>
	<u>167</u>	<u>552</u>	<u>157</u>	<u>1</u>	<u>561</u>

Die Verbindlichkeiten des Eigenbetriebs belaufen sich auf 4.474 T€ (Vorjahr 6.524 T€), die im Berichtsjahr im Wesentlichen mit 1.024 T€ (Vorjahr 1.103 T€) gegenüber der ESWE Versorgung und mit 3.430 T€ (Vorjahr 5.250 T€) gegenüber der Landeshauptstadt Wiesbaden bestehen. Der passive Rechnungsabgrenzungsposten, in dem die vereinnahmten Baukostenzuschüsse der Endabnehmer ausgewiesen werden und die über den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten an die ESWE Versorgung weitergeben werden, beträgt zum Stichtag 3.834 T€ (Vorjahr 3.443 T€).

Der ausgewiesene Jahresgewinn resultiert daraus, dass trotz geringerer Gebühreneinnahmen gegenüber der Planung und dem Vorjahr die Aufwendungen für die Bezugskosten deutlich rückläufig waren und hierbei zusätzlich gestiegen Erträge für Vorjahre erzielt wurden.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Der Eigenbetrieb ist operativen Risiken ausgesetzt, wie dem möglichen Ausfall von Versorgungsleitungen und sonstigen Anlagen, die zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit erforderlich sind. Eine sachgerechte Instandhaltung und Wartung reduzierten diese Risiken.

Das Hauptrisiko bei den Wasserversorgungsbetrieben besteht darin, dass steigende Wasserbezugspreise durch die derzeit gültigen Wassergebühren nicht mehr gedeckt sind und dass aufgrund politischer Vorgaben die Kostensteigerungen nicht vollständig an die Gebührenpflichtigen weitergegeben werden können. Da die Stadt Wiesbaden als Einrichtungsträger jedoch verpflichtet ist, für eine ausgeglichene Ergebnis- und Liquiditätssituation zu sorgen, wird dieses Risiko auch für die Zukunft als nicht wesentlich eingestuft.

Risikomanagementsystem

Der Eigenbetrieb hat ein Risikomanagementsystem eingerichtet. In regelmäßig stattfindenden Sitzungen der Betriebsleitung werden die Risiken identifiziert und bewertet sowie Gegensteuerungsmaßnahmen festgelegt. Das nach Bewertung der Risikoinventur erstellte Risikoportfolio wird regelmäßig fortgeschrieben und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst.

Voraussichtliche Entwicklung

Der Eigenbetrieb geht für die Wirtschaftsjahre 2022 (erwarteter Jahresgewinn von 139 T€ bei Umsatzerlösen von 41.827 T€) und 2023 (erwarteter Jahresgewinn 115 T€ bei Umsatzerlösen von 41.990 T€) von deutlich positiven Ergebnissen aus. Wir gehen nach derzeitiger Einschätzung weiterhin nicht davon aus, dass die Ergebnissituation der WLW durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie wesentlich beeinflusst wird. Der Krieg in der Ukraine hat ebenfalls keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit des Eigenbetriebes

Wiesbaden, den 29. April 2022

WASSERVERSORGUNGSBETRIEBE DER
LANDESHAUPTSTADT WIESBADEN

Markus Böhm
Betriebsleiter

Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2021

Wasserversorgungsbetriebe
der Landeshauptstadt Wiesbaden

Bilanz zum 31. Dezember 2021

=====

	31.12.2021		31.12.2020	
	€	€	€	€
Aktivseite				
A. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.743.012,79		5.165.322,52	
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.202.008,04		1.183.275,74	
3. Forderungen gegen die Landeshauptstadt Wiesbaden	<u>81.666,43</u>		<u>0,00</u>	
		5.026.687,26		6.348.598,26
II. Guthaben bei Kreditinstituten		106.420,59		342.812,55
		<u>5.133.107,85</u>		<u>6.691.410,81</u>
B. Rechnungsabgrenzungsposten		3.833.690,00		3.443.274,66
		<u>8.966.797,85</u>		<u>10.134.685,47</u>

	31.12.2021		31.12.2020	
	€	€	€	€
Passivseite				
A. Eigenkapital				
I. Stammkapital	100.000,00		100.000,00	
II. Bilanzergebnis	<u>-27.443,99</u>	72.556,01	<u>-100.000,00</u>	0,00
B. Rückstellungen				
1. Steuerrückstellungen	24.640,00		0,00	
2. Sonstige Rückstellungen	<u>561.469,16</u>	586.109,16	<u>166.890,43</u>	166.890,43
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.795,96		21.557,94	
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.024.468,54		1.115.077,61	
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Landeshauptstadt Wiesbaden	3.429.990,75		5.249.725,89	
4. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>14.187,43</u>	4.474.442,68	<u>138.170,60</u>	6.524.532,04
D. Rechnungsabgrenzungsposten				
		3.833.690,00		3.443.263,00
		<u>8.966.797,85</u>		<u>10.134.685,47</u>

Wasserversorgungsbetriebe
der Landeshauptstadt Wiesbaden

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom
1. Januar bis 31. Dezember 2021

=====

	2021			2020		
	€	€	€	€	€	€
1. Umsatzerlöse		38.313.228,46			39.043.659,86	
2. Sonstige betriebliche Erträge		<u>53.312,35</u>	38.366.540,81		<u>98.130,15</u>	39.141.790,01
3. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	13.070.891,73			13.186.873,00		
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>24.305.037,32</u>	37.375.929,05		<u>25.275.095,29</u>	38.461.968,29	
4. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	346.510,25			362.529,90		
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>88.754,50</u>	435.264,75		<u>96.444,14</u>	458.974,04	
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen		<u>246.766,87</u>	38.057.960,67		<u>254.809,33</u>	39.175.751,66
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		13.125,88			10.908,15	
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>1.621,17</u>	<u>11.504,71</u>		<u>6.547,40</u>	<u>4.360,75</u>
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			<u>24.640,00</u>			<u>28.808,89</u>
9. Ergebnis nach Steuern			295.444,85			-58.409,79
10. Sonstige Steuern			<u>112,00</u>			<u>224,00</u>
11. Jahresergebnis			295.332,85			-58.633,79
12. Verrechnung mit Landeshauptstadt Wiesbaden			-222.776,84			58.633,79
13. Verlust des Vorjahres			<u>-100.000,00</u>			<u>-100.000,00</u>
14. Bilanzergebnis			<u>-27.443,99</u>			<u>-100.000,00</u>

Anhang für das Wirtschaftsjahr 2021

Allgemeines

Die Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (WLW) sind ein Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW). Sie werden seit 1. Januar 2012 als Eigenbetrieb nach den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes Hessen (EigBGes Hess) und den Bestimmungen der Betriebssatzung vom 23. November 2011, zuletzt geändert mit Wirkung zum 30. Juli 2016, geführt.

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden hat am 8. November 2011 die Rekommunalisierung der Wasserversorgung der Landeshauptstadt Wiesbaden sowie die Gründung eines hierfür vorgesehenen Eigenbetriebs beschlossen. Demnach übernimmt die Landeshauptstadt Wiesbaden die Versorgung des Stadtgebietes (mit Ausnahme der Ortsbezirke Mainz-Amöneburg, Mainz-Kastel, Mainz-Kostheim) mit Trinkwasser gemäß § 30 Hessisches Wassergesetz seit dem 1. Januar 2012. Sie betreibt die Anlagen der Wasserversorgung als öffentliche Einrichtung; die Versorgungsrechtsverhältnisse zu den Wasserabnehmern werden öffentlich-rechtlich ausgestaltet und durch die Satzung über die Wasserversorgung in der Landeshauptstadt Wiesbaden (Wasserversorgungssatzung) vom 23. November 2011, zuletzt geändert mit Satzung vom 16. Dezember 2021 und mit Wirkung zum 1. Januar 2022, geregelt. Zu diesem Zweck wurden die Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden als Eigenbetrieb errichtet, dem die Aufgabe der Wasserversorgung übertragen wurde.

Bis zum 31. Dezember 2011 wurde die Wasserversorgung der Landeshauptstadt Wiesbaden durch die ESWE Versorgungs AG, Wiesbaden (ESWE Versorgung), durchgeführt. Mit Wirkung vom 1. Januar 2012 übernahmen die Wasserversorgungsbetriebe die Aufgabe der Wasserversorgung von der ESWE Versorgung. Das hierfür benötigte Wasserversorgungsnetz, welches weiterhin im Eigentum der ESWE Versorgung verbleibt, wird gemäß Pachtvertrag vom 19. Dezember 2011 von der ESWE Versorgung gepachtet.

Zweck des Eigenbetriebes ist es, die angeschlossenen und anzuschließenden Grundstücke im Gebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden gemäß

§ 30 Hessisches Wassergesetz mit Wasser zu versorgen und das hierfür benötigte Wasser zu beschaffen.

Anwendung des Eigenbetriebsgesetzes

Wir haben für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 der Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden die Vorschriften des EigBGes Hess i. V. m. den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften beachtet. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB zugrunde gelegt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei den grundsätzlich zum Nennwert bilanzierten Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen wurden alle erkennbaren Risiken durch Bewertungsabschläge berücksichtigt. Das Ausfallwagnis aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wird mit einer Pauschalwertberichtigung in Höhe von unverändert 0,5 % des Nettoforderungsbestands berücksichtigt.

Das übrige Umlaufvermögen ist mit dem Nennwert bilanziert.

Forderungen und Verbindlichkeiten werden bei Bestehen einer Aufrechnungsgrundlage im Sinne des § 387 BGB miteinander saldiert.

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren ungewissen Verbindlichkeiten sowie sonstige Risiken. Sie sind nach dem bei vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag bemessen. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden bei der Bewertung berücksichtigt.

Die WLW sind Mitglied der Zusatzversorgungskasse für die Gemeinden und Gemeindeverbände Wiesbaden. Durch seine Mitgliedschaft in der Zusatzversorgungskasse erfüllt der Eigenbetrieb die tarif- und arbeitsvertragliche Verpflichtung zur zusätzlichen Versicherung seiner Beschäftigten. Für die Versorgungsverpflichtungen aus der Zusatzversorgung wurde vom Passivierungswahlrecht nach Art. 28 Abs. 1 EGHGB Gebrauch gemacht und keine Rückstellung gebildet. Von einer Passivierung wurde wegen der Probleme bei der Ermittlung des

Rückstellungsbetrages abgesehen. Wesentlicher Einflussfaktor für die Verpflichtungshöhe ist der seit dem 1. Januar 2010 geltende Umlagensatz zum Sanierungsgeld von 2,3 % p.a. für die Bemessungsgrundlage der Umlage in Höhe von 306 T€, die im Wirtschaftsjahr 2021 zu einer Sanierungsgeldzahlung in Höhe von 4 T€ geführt hat.

Das Eigenkapital und die Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen passiviert.

Unter den Rechnungsabgrenzungsposten sind Ausgaben bzw. Einnahmen erfasst, die Aufwand bzw. Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen.

Erläuterungen zur Bilanz

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Alle Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Forderungen aus Wasserlieferungen an die Landeshauptstadt Wiesbaden und deren Eigenbetriebe werden gemäß den Vorgaben des EigBGes Hess unter den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen. Die Summe der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen beträgt zum Bilanzstichtag 3.743 T€ (Vorjahr 5.165 T€).

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen bestehen im Wesentlichen aus Forderungen im Zusammenhang mit der Lieferung von Wasser von den WLW an die verbundenen Unternehmen. Gemäß den Bestimmungen des EigBGes Hess findet für die verbundenen Unternehmen die Begriffsbestimmung des § 15 AktG sinngemäß Anwendung.

Aktiver und passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Die WLW als Netzbetreiberin (Pächterin) des Wasserversorgungsnetzes der Landeshauptstadt Wiesbaden, die nicht rechtliche Eigentümerin der Anlagen ist, erhebt entsprechend bestehender gesetzlicher Regelungen die Baukostenzuschüsse und leitet diese im Rahmen des Pachtvertrages an ESWE Versorgung als Netzeigentümer (Verpächter) weiter, da der Verpächter vereinbarungsgemäß die Ersatz- oder Erweiterungsinvestitionen zu tragen hat. In der Bilanz bestehen hierfür ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten (als geleistete Pachtvorauszahlung) sowie ein passiver Rechnungsabgrenzungsposten (für von den Anschlussnehmern erhaltene Ertragszuschüsse) in gleicher Höhe, die fortgeschrieben werden. Auswirkungen auf die Ertragslage ergeben sich hieraus nicht, da beide Rechnungsabgrenzungsposten einheitlich über 20 Jahre (5 % p.a.) linear aufgelöst werden.

Eigenkapital

Das Stammkapital beträgt unverändert 100 T€. Unter Berücksichtigung des Jahresgewinns (295 T€), des Verlustvortrags (100 T€) und der Verrechnung der gegenüber der Landeshauptstadt Wiesbaden bestehenden Forderung (223 T€) ergibt sich zum Bilanzstichtag ein Bilanzergebnis in Höhe von -27 T€. Das Eigenkapital beträgt damit zum Stichtag 73 T€.

Rückstellungen

Die Steuerrückstellungen beinhalten den voraussichtlichen Steueraufwand für das Jahr 2021.

Die sonstigen Rückstellungen zum 31. Dezember 2021 betreffen mit 396 T€ (Vorjahr 0 T€) Aufwendungen für Wasserbezug, 135 T€ (Vorjahr 125 T€) Abrechnungsverpflichtungen, mit 11 T€ (Vorjahr 14 T€) Rückstellungen für den Personalbereich, mit 11 T€ (Vorjahr 11 T€), Kosten der Jahresabschlussprüfung und mit 9 (Vorjahr 16 T€) Kosten für die Prüfung der Gebührenkalkulation.

Verbindlichkeiten

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind nicht durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert und haben alle wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen im Wesentlichen Verpflichtungen aus Wasserlieferungen in Höhe von 2.176 T€ (Vorjahr 1.008 T€) gegenüber der ESWE Versorgung, Verbindlichkeiten aus sonstigen Lieferungen und Leistungen in Höhe von 70 T€ (Vorjahr Forderung 346 T€), denen Forderungen aus dem Pachtvertrag in Höhe von 1.222 T€ (Vorjahr Verbindlichkeit 441 T€) gegenüberstehen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Landeshauptstadt Wiesbaden als Einrichtungsträger belaufen sich nach Saldierung mit den Forderungen gegen die Landeshauptstadt Wiesbaden auf insgesamt 3.430 T€ (Vorjahr 5.250 T€). Sie resultieren im Wesentlichen mit 4.000 T€ (Vorjahr 4.900 T€) aus Verbindlichkeiten aus Cashpooling sowie aus weiterberechneten Personalkosten in Höhe von

40 T€ (Vorjahr 39 T€). Dagegen werden im Wirtschaftsjahr Forderungen aus Umsatzsteuer in Höhe von 610 T€ (Vorjahr: Verbindlichkeit 582 T€) ausgewiesen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Mit der ESWE Versorgung bestehen längerfristige Verträge über die Pacht des Wassernetzes, den Bezug von Wasser sowie über die Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen. Die Verpflichtungen hieraus belaufen sich im Jahr 2022 auf insgesamt 25,2 Mio. € p.a. bei einer Mindestlaufzeit bis zum Jahr 2022. Neben diesen das reguläre Geschäft betreffenden Verpflichtungen existieren keine wesentlichen sonstigen finanziellen Verpflichtungen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	<u>2021</u>	<u>2020</u>
	T€	T€
Erlöse aus Wasserversorgung	38.312	39.044
Sonstige Umsatzerlöse	<u>1</u>	<u>0</u>
	<u>38.313</u>	<u>39.044</u>

In den Umsatzerlösen sind periodenfremde Aufwendungen aus Gutschriften in Höhe von 830 T€ (Vorjahr 228 T€) enthalten.

Materialaufwand

Der Materialaufwand stellt sich wie folgt dar:

	<u>2021</u>	<u>2020</u>
	T€	T€
Aufwendungen für Wasserbezug	13.068	13.185
Sonstige Fremdleistungen	3	2
Netzpacht	23.863	24.897
Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>442</u>	<u>378</u>
	<u>37.376</u>	<u>38.462</u>

Im Materialaufwand sind periodenfremde Erträge in Höhe von 537 T€ (Vorjahr 151 T€) enthalten.

Personalaufwand

Der Personalaufwand beläuft sich auf 435 T€ (Vorjahr 459 T€). Darin enthalten sind Aufwendungen für Altersversorgung in Höhe von 23 T€ (Vorjahr 27 T€).

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 247 T€ (Vorjahr 255 T€) betreffen im Wesentlichen Dienst- und Fremdleistungen sowie Verbandsbeiträge und Prüfungs- und Beratungskosten.

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Die Zinserträge betreffen im Wesentlichen erhaltene Verzugszinsen in Höhe von 11 T€ (Vorjahr 9 T€).

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Enthalten sind Zinsaufwendungen an die Landeshauptstadt Wiesbaden in Höhe von 2 T€ (Vorjahr 2 T€).

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Dieser Posten enthält den voraussichtlichen Körperschaftsteueraufwand für das Berichtsjahr. Im Vorjahr wurden Steuern für Vorjahre in Höhe von 29 T€ ausgewiesen.

Sonstige Angaben**Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten**

	<u>2021</u>	<u>2020</u>
Angestellte	6	6
davon Frauen	2	2
davon Männer	4	4

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Alle Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen sind zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen worden und unterscheiden sich nicht von Liefer- und Leistungsverpflichtungen mit anderen Unternehmen und Personen.

Betriebsleitung und Betriebskommission

Betriebsleiter war im Wirtschaftsjahr 2021

Herr Markus Böhm

Die Gesamtbezüge der Betriebsleitung beliefen sich im Jahr 2021 auf 40 T€.

Der Betriebskommission gehörten 2021 an:

Herr Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende, Vorsitzender

Frau Stadtverordnete Michaela Apel

Herr Stadtverordneter Michael David (ab 15. Juli 2021)

Herr Stadtverordneter Urban Egert (bis 15. Juli 2021)

Frau Stadtverordnete Brigitte Forßbohm (bis 15. Juli 2021)

Frau Silvia Goller, Personalratsmitglied WLW (bis 19. Mai 2021)

Herr Jörg Höhler, technischer Vorstand ESWE Versorgungs AG

Herr Stadtrat Axel Imholz

Herr Stadtrat Andreas Kowol

Herr Stadtverordneter Ronny Maritzen

Herr Stadtverordneter Dr. Eckhard Müller (bis 15. Juli 2021)

Frau Stadtverordnete Nicole Röck-Knüttel
Herr Christian Rovers, Personalratsmitglied WLW (ab 19. Mai 2021)
Frau Stadtverordnete Nina Schild (ab 15. Juli 2021)
Herr Stadtverordneter Lucas Schwalbach (bis 15. Juli 2021)
Herr Stadtverordneter Eberhard Seidensticker (bis 15. Juli 2021)
Frau Stadtverordnete Nele Siedenburg (ab 15. Juli 2021)
Frau Nicole Staude, Unternehmensbereichsleiterin Hessenwasser
Herr Stadtverordneter Eleftherios Tsiridis (ab 15. Juli 2021)
Herr Stadtverordneter Alexander Winkelmann (ab 15. Juli 2021)

An die Mitglieder der Betriebskommission wurden Aufwandsentschädigungen in Höhe von 11 T€ gezahlt.

Angaben zum Abschlussprüfungshonorar

Das Honorar für den Abschlussprüfer für das Wirtschaftsjahr 2021 beträgt 12 T€ und entfällt ausschließlich auf Abschlussprüfungsleistungen.

Ergebnisverwendung

Im Wirtschaftsjahr 2021 wurde ein Jahresgewinn in Höhe von 295 T€ erwirtschaftet. Nach Verrechnung der gegenüber der Landeshauptstadt Wiesbaden bestehenden Forderung in Höhe von 223 T€ und Verrechnung mit dem Verlustvortrag in Höhe von 100 T€ beträgt das Bilanzergebnis -27 €.

Nachtragsbericht

Besondere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag mit wesentlicher Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs lagen nicht vor.

Wiesbaden, den 29. April 2022

WASSERVERSORGUNGSBETRIEBE DER
LANDESHAUPTSTADT WIESBADEN

Markus Böhm
Betriebsleiter

Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG (nach IDW PS 720)

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

- a) **Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?**

Ein Geschäftsverteilungsplan ist aktuell nicht erforderlich.

Die Geschäftsordnung für die Betriebsleitung des Eigenbetriebs „Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden“ liegt in der aktuell gültigen Fassung vom 27. September 2017 vor.

Aus der Geschäftsordnung und der Geschäftsverteilung ergeben sich keine Bedenken hinsichtlich der Ordnungsmäßigkeit der Betriebsleitung.

Die durch die Betriebskommission zustimmungspflichtigen Geschäfte sind in § 5 Abs. 4 i.V.m. § 8 der Betriebssatzung geregelt. Die zustimmungspflichtigen Maßnahmen entsprechen nach unserer Auffassung den Erfordernissen einer sachgerechten Betriebsführung.

- b) **Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?**

Im Berichtsjahr fand eine Sitzung der Betriebskommission statt, über welche eine Niederschrift erstellt wurde und uns vorlag. Des Weiteren erfolgte eine Beschlussfassung im Umlaufverfahren, deren Protokoll uns ebenfalls vorlag.

- c) **In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 5 des Aktiengesetzes sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?**

Herr Markus Böhm ist auskunftsgemäß in keinen Aufsichtsräten tätig.

- d) **Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?**

Die Gesamtvergütung der Betriebsleitung wird im Anhang gemäß § 285 Nr. 9 HGB angegeben. An die Mitglieder der Betriebskommission sind Vergütungen in Höhe von T€ 11 geleistet worden.

Gemäß § 285 Nr.9a Satz 5 HGB ist eine individualisierte Angabe der Vergütungen an Organmitglieder nur für börsennotierte Aktiengesellschaften verpflichtend. Insofern ist eine individualisierte Angabe der Vergütungen nicht erfolgt.

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) **Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?**

Es existiert ein schriftlicher Organisationsplan, aus dem sich Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse erkennen lassen.

Aufbau- und Ablauforganisation entsprechen den Bedürfnissen des Eigenbetriebs. Der Organisationsplan wird regelmäßig überprüft und ggf. neu gefasst.

- b) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?**

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass von den bestehenden Regelungen des Organisationsplans abgewichen wurde.

- c) **Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?**

Die Antikorruptionsrichtlinie der Landeshauptstadt Wiesbaden findet für die Mitarbeiter des Eigenbetriebs Anwendung.

Für Mitarbeiter der ESWE Versorgung, welche im Rahmen der Personalgestellung für den Eigenbetrieb tätig werden, finden die Regelungen der Antikorruptionsrichtlinie der ESWE Versorgung Anwendung.

- d) **Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?**

Sowohl bei WLW als auch bei der ESWE Versorgung als Dienstleister gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse. Zu nennen sind hierbei insbesondere die Dienstanweisung zur Unterschriftenregelung, welche die Unterschriftsbefugnisse bei dienstlicher Korrespondenz regelt, sowie die Dienstanweisung zum Umgang mit Stundungen und Forderungsverzichten.

Für die durch Mitarbeiter der ESWE Versorgung im Rahmen der Personalgestellung durchgeführten Tätigkeiten gelten die bei der ESWE Versorgung getroffenen Vorkehrungen und internen Kontrollsysteme. Hier existieren für sämtliche Unternehmensbereiche Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen, die im Organisationshandbuch der ESWE Versorgung dokumentiert und über das Intranet bereitgestellt werden.

Im Rahmen der Abschlussprüfung ergaben sich keine Anhaltspunkte für Verstöße gegen diese Richtlinien.

- e) **Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?**

Die Verträge werden durch die Betriebsleitung der WLW bzw. bei der ESWE Versorgung als Dienstleister aufbewahrt. Eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen ist gegeben.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) **Entspricht das Planungswesen - auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?**

Der Eigenbetrieb erstellt gemäß den Vorgaben des § 15 EigBGes Hess jährlich einen Wirtschaftsplan, der aus einem Erfolgs- und Vermögensplan sowie einer Stellenübersicht besteht. Der Wirtschaftsplan beinhaltet eine Mittelfristplanung mit einem Planungshorizont von 5 Jahren.

Das Planungswesen entspricht nach unseren Feststellungen den Bedürfnissen des Eigenbetriebs.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Wirtschaftlich wesentliche Planabweichungen werden regelmäßig analysiert und ausgewertet.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung wird durch die ESWE Versorgung als Dienstleister durchgeführt.

Die Geschäftsvorfälle des Eigenbetriebes werden nach den Grundsätzen kaufmännischer Buchführung aufgezeichnet. Das bei der ESWE Versorgung bestehende Rechnungswesen einschließlich Kostenrechnung entspricht der Unternehmensgröße und den besonderen Anforderungen des Unternehmens. Dem Eigenbetrieb steht ein für eine wirtschaftliche Betriebsführung geeignetes Instrument zur Verfügung (SAP). Abstimmungskontrollen innerhalb des Rechnungswesens werden in ausreichendem Umfang durchgeführt.

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u.a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Das Finanzmanagement inklusive laufender Liquiditätskontrolle wird durch die ESWE Versorgung übernommen. Die laufende Liquiditätskontrolle ist unseres Erachtens gewährleistet.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Der Eigenbetrieb ist in das zentrale Cash-Pooling der Landeshauptstadt Wiesbaden eingebunden. Die laufende Liquidität des Eigenbetriebes wird hierbei durch den täglichen Kontenausgleich der Landeshauptstadt Wiesbaden sichergestellt. Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die geltenden Regelungen nicht eingehalten wurden.

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Entgelte werden vollständig und jährlich in Rechnung gestellt bzw. eingezogen.

Die Abschlagszahlungen sind bei den WLW tendenziell niedrig bemessen. Der Forderungsbestand aus Lieferungen und Leistungen zum 31. Dezember 2021 beläuft sich auf T€ 3.743 (Vorjahr T€ 5.165).

Der Eigenbetrieb verfügt über ein Mahnwesen, das gewährleistet, dass Forderungen unter Ausnutzung aller rechtlichen Möglichkeiten zeitnah und effektiv verfolgt und eingezogen werden.

- g) **Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/ Konzernbereiche?**

Ja.

- h) **Ermöglicht das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?**

Es bestehen weder Tochterunternehmen noch wesentliche Beteiligungen.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

- a) **Hat der Vorstand Maßnahmen ergriffen und nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?**

Ein an die Größe und Komplexität des Eigenbetriebs angepasstes Risikofrüherkennungssystem ist implementiert.

Als Risiko wird hierbei die positive als auch negative Abweichung von Zielwerten des Eigenbetriebs verstanden. Die Vorgehensweise zum frühzeitigen Erkennen von Risiken ist in einem Risikohandbuch dargelegt. Dieses gibt Auskunft über risikopolitische Grundsätze und die Organisation des Risikomanagements des Eigenbetriebes. Hierbei sind die Mitarbeiter des Eigenbetriebs insbesondere verantwortlich für die Identifizierung, Bewertung, Überwachung und Dokumentation der Risiken ihres Verantwortungsbereichs. Die Betriebsleitung legt die Risikostrategie fest und überwacht die identifizierten Risiken.

Im Rahmen des Risikofrüherkennungssystems werden alle wesentlichen identifizierten Risiken laufend beobachtet und analysiert. Risikoindikatoren werden in Zusammenarbeit zwischen Betriebsleitung und Controlling identifiziert und an die Risikoberichtsempfänger berichtet.

Die Betriebsleitung erstellt jährlich einen Risikobericht. Hierzu werden die aus Sicht der Betriebsleitung wesentlichen identifizierten Einzelrisiken zusammengefasst und der Betriebskommission berichtet.

- b) **Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?**

Wir verweisen hierzu auf die Antwort zu Fragenkreis 4 a).

c) **Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?**

Wir verweisen hierzu auf die Antwort zu Fragenkreis 4 a).

d) **Werden diese Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?**

Die aus den Risikobereichen resultierenden Rückwirkungen für den Eigenbetrieb werden unmittelbar in Planungsszenarien umgesetzt und der Betriebskommission berichtet.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

a) **Hat der Vorstand den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten festgelegt? Dazu gehört:**

- Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?
- Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?
- Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert, und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?
- Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z.B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z.B. antizipatives Hedging)?

Die genannten Geschäfte werden von dem Eigenbetrieb nicht durchgeführt. Daher entfällt die Beantwortung dieses Fragenkreises.

b) **Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?**

Wir verweisen hierzu auf die Antwort zu Fragenkreis 5 a).

c) **Hat der Vorstand ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt, insbesondere in Bezug auf**

- Erfassung der Geschäfte,
- Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse,
- Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung,
- Kontrolle der Geschäfte?

Wir verweisen hierzu auf die Antwort zu Fragenkreis 5 a).

- d) **Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäft, und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?**

Wir verweisen hierzu auf die Antwort zu Fragenkreis 5 a).

- e) **Hat der Vorstand angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?**

Wir verweisen hierzu auf die Antwort zu Fragenkreis 5 a).

- f) **Ist die unterjährige Unterrichtung des Vorstands im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?**

Wir verweisen hierzu auf die Antwort zu Fragenkreis 5 a).

Fragenkreis 6: Interne Revision

- a) **Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?**

Der Eigenbetrieb verfügt über keine eigene Interne Revision. Sonderprüfungen können jedoch durch das Revisionsamt der Landeshauptstadt Wiesbaden durchgeführt werden. Die Gefahr von Interessenkonflikten besteht aus unserer Sicht nicht.

Im Wirtschaftsjahr fand keine Prüfung durch das Revisionsamt statt.

- b) **Wie ist die Anbindung der internen Revision im Unternehmen? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?**

Wir verweisen hierzu auf die Antwort zu Fragenkreis 6a).

- c) **Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z.B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?**

Wir verweisen hierzu auf die Antwort zu Fragenkreis 6a).

- d) **Hat die interne Revision ihre Schwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?**

Wir verweisen hierzu auf die Antwort zu Fragenkreis 6a).

- e) **Hat die interne Revision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt, und um welche handelt es sich?**

Wir verweisen hierzu auf die Antwort zu Fragenkreis 6a).

- f) **Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der internen Revision gezogen und wie kontrolliert die interne Revision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?**

Wir verweisen hierzu auf die Antwort zu Fragenkreis 6 a).

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

- a) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?**

Nein.

- b) **Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?**

Es wurden auskunftsgemäß keine Kredite an die Betriebsleitung oder an Mitglieder der Betriebskommission gewährt.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?**

Nein.

- d) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?**

Nein.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

- a) **Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?**

Da das für die Wasserversorgung benötigte Wasserversorgungsnetz weiterhin im Eigentum der ESWE Versorgung verbleibt und gemäß Vertrag vom 19. Dezember 2011 von der ESWE

Versorgung gepachtet wird, werden durch den Eigenbetrieb keine Investitionen getätigt. Notwendige Investitionen erfolgen, nach Abstimmung und Freigabe durch die städtischen Gremien, durch die Eigentümerin ESWE Versorgung und werden entsprechend über das zu zahlende Pachtentgelt abgegolten.

- b) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?**

Wir verweisen hierzu auf die Antwort zu Fragenkreis 8 a).

- c) **Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?**

Wir verweisen hierzu auf die Antwort zu Fragenkreis 8 a).

- d) **Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?**

Wir verweisen hierzu auf die Antwort zu Fragenkreis 8 a).

- e) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?**

Es liegen uns keine Anhaltspunkte dafür vor, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden.

Fragenkreis 9: Vergaberegulungen

- a) **Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegulungen (z.B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?**

Nein.

- b) **Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegulungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?**

Ja.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan**a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?**

Die Betriebsleitung informiert die Betriebskommission regelmäßig über die Entwicklung der Geschäfte. Daneben wird in den Sitzungen der Betriebskommission von der Betriebsleitung mündlich berichtet.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Die uns vorgelegten Vorlagen und Berichte zur wirtschaftlichen Lage des Eigenbetriebes enthalten Angaben über den bisherigen Geschäftsverlauf, die Ergebnisse und Planfortschreibungen sowie detaillierte Erläuterungen hierzu. Sie vermitteln nach unserer Auffassung einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Eigenbetriebes und die wichtigsten Unternehmensbereiche.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Nach den uns vorliegenden Protokollen erfolgte eine angemessene Unterrichtung über wesentliche Vorgänge. Wir haben keine Anhaltspunkte für nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle im Rahmen unserer Prüfung festgestellt.

d) Zu welchen Themen hat die Geschäftsführung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Nach unseren Feststellungen und den uns erteilten Auskünften gab es keinen besonderen Wunsch des Überwachungsorgans hinsichtlich der Berichterstattung.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Im Rahmen unserer Abschlussprüfung haben wir keine Anhaltspunkte für eine nicht ausreichende Berichterstattung festgestellt.

f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Eine D&O Versicherung besteht bei dem Eigenbetrieb nicht.

- g) **Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offen gelegt worden?**

Auskunftsgemäß wurden keine Interessenskonflikte gemeldet.

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

- a) **Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?**

Offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen in wesentlichem Umfang besteht nicht.

- b) **Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?**

Auffallend hohe oder niedrige Bestände ergaben sich zum Bilanzstichtag nicht.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte für wesentliche Abweichungen zwischen den Bilanz- und Verkehrswerten ergeben.

Fragenkreis 12: Finanzierung

- a) **Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?**

Das Stammkapital beträgt unverändert T€ 100. Unter Berücksichtigung des Jahresgewinns von T€ 295, des Verlustvortrags von T€ 100 und der Verrechnung der gegenüber der Landeshauptstadt Wiesbaden bestehenden Forderungen von T€ 223 ergibt sich ein Bilanzergebnis von T€ -27. Das Eigenkapital beträgt somit zum Abschlussstichtag T€ 73. Wesentliche Investitionsverpflichtungen bestehen zum Abschlussstichtag auskunftsgemäß nicht.

- b) **Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?**

Entfällt, da der Eigenbetrieb kein Mutterunternehmen ist.

- c) **In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?**

Im Berichtsjahr hat der Eigenbetrieb keine Finanz- bzw. Fördermittel der öffentlichen Hand erhalten.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a) **Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?**

Trotz der sehr geringen Eigenkapitalquote ist die Liquidität der WLW aufgrund des bestehenden Cash-Poolings mit der Landeshauptstadt Wiesbaden sichergestellt. Die Cash-Pooling Verbindlichkeit hat sich zum Bilanzstichtag auf T€ 4.000 (Vorjahr T€ 4.900) verringert.

- b) **Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?**

Ja.

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

- a) **Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens nach Segmenten zusammen?**

Unterschiedliche Geschäftssegmente bestehen nicht.

- b) **Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?**

Das Jahresergebnis ist nicht entscheidend von einmaligen Vorgängen beeinflusst.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?**

Es haben sich keine entsprechenden Anhaltspunkte ergeben.

- d) **Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?**

Die von dem Eigenbetrieb erhobenen und über die Pacht an die ESWE Versorgung als Konzessionsträger weitergeleiteten Konzessionsabgaben wurden steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

- a) **Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?**

Der Eigenbetrieb hat einen Jahresgewinn erzielt. Dieser resultiert aus denen im Vergleich zu den Umsatzerlösen überproportional gesunkenen Materialaufwendungen aufgrund von Pachtaufwendungen, die sich in Abhängigkeit der nutzbaren Wasserabgabe berechnen.

- b) **Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?**

Wir verweisen hierzu auf die Antwort zu Fragenkreis 15 a).

Fragenkreis 16: Jahresfehlbetrag und seine Ursachen

- a) **Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?**

Der Eigenbetrieb hat im Wirtschaftsjahr einen Gewinn erzielt.

- b) **Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?**

Wir verweisen hierzu auf die Antwort zu Fragenkreis 16 a).

Allgemeine Auftragsbedingungen

für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unrechtmäßiger Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtllichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsaufwertigungen. Weitere Aufwertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

